

Vorwort zur zweiten Auflage

Als dieses Buch Mitte des Jahres 2006 geschrieben wurde, gab das aufgearbeitete Zahlenmaterial Anlass zur Beunruhigung. Die darauf aufsetzenden Analysen zur Beantwortung wichtiger Fragestellungen zum Weltfinanzsystem machten klar, dass ein „Weiter so“ über einen längeren Zeitraum nicht möglich sein würde. Dass die für die Zukunft vorhergesagten Wirkungsmuster genauso wie erwartet und in einem solchen Ausmaß schon im laufenden Jahr 2008 zur Krise geführt haben, war zwar in der Sache nicht überraschend, wohl aber von der Geschwindigkeit her. Es sei daran erinnert, dass noch auf dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm die Forderung der meisten beteiligten Staatschefs nach einer besseren Regulierung des Weltfinanzsystems von Großbritannien und den USA abgelehnt wurde. Das sind die beiden Staaten, die bisher in besonderem Umfang Vorteile aus diesem System ziehen konnten. In konsensbasierten internationalen Governancestrukturen ist es meist extrem schwer, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu korrigieren. Eigeninteressen Einzelner spielen eine große Rolle und der Widerstand gegen Veränderungen ist gewaltig: „Bonanza“ bis zum bitteren Ende. Mit den Folgen müssen wir jetzt leben. Wissenschaftlich gut durchdachte Strategien zur Bewältigung der aktuellen Krise fehlen. Immerhin hat das FAW/n schon seit 2007 auch daran gearbeitet.

In Reaktion auf die Weltfinanzkrise wurden auf der ganzen Welt Rettungspakete geschnürt, um das System wieder zu stabilisieren. Über den Erfolg kann heute noch nicht abschließend geurteilt werden. Viele Menschen fragen sich, ob die Maßnahmen erfolgreich sein werden und ob sie insbesondere auch die „Probleme hinter den sichtbaren Problemen“, vor allem das Thema der massiven Überschuldung der Staaten adäquat adressieren? Hierzu wurden für die vorliegende Publikation die Wirkungsmuster der aktuellen Weltfinanzsystemkrise des Jahres 2008 analysiert und mit den bisherigen Erkenntnissen abgeglichen. Die entsprechenden Kapitel „Wohin führt die Weltfinanzkrise 2008“ und „Droht eine Große Depression“ wurden der ersten Auflage hinzugefügt.

Aus Sicht der Arbeiten des FAW/n und aus Sicht des vorliegenden Buches ist die Frage zentral, ob man international Schritte unternehmen wird, eine adäquate und faire Besteuerung aller Wertschöpfungsprozesse durchzusetzen? Dazu sind die Steuersysteme, und vor allem die Steuerbessungsgrundlagen, weltweit in einem bestimmten Umfang zu harmonisieren und Steuervermeidungsstrategien wirksam zu unterbinden. Nur so kann die hohe öffentliche Verschuldung in den Industrieländern ohne weiteren Rückbau des sozialen Ausgleichs zurückgeführt werden. Und andere, politisch tragfähige Wege zu diesem Ziel sind nicht zu sehen. Vor allem ist der weitere Rückbau der sozialen Balance keine sozial und politisch tragfähige Option. Eng verbunden mit den Fragen der adäquaten Besteuerung ist die Frage, ob man effektiv die riesige „Geldblase“ in den Griff bekommen wird, die sich in den letzten Jahren gebildet hat?

Was ist noch geschehen? Wie Wolfgang Eichhorn in seinem Geleitwort zur ersten Auflage angeregt hat, wurde mittlerweile am FAW/n auch eine Konzeption für eine konsistente Weltfinanzordnung ausgearbeitet. Dies wurde durch eine Finanzierung unserer Stifter, im Besonderen dem Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) und der Firma Zwick / Roell (Ulm-Einsingen), sowie die Förderung durch die Stiftung „Forum für Verantwortung“ ermöglicht. Weitere Stifter haben die Aktivitäten auf anderen Wegen gefördert. Das Ergebnis erscheint in Kürze als weiteres Buch des Autors Dirk Solte mit dem Titel: „Weltfinanzsystem in Balance“. Die dort gegebenen Hinweise sind Bausteine eines nachfolgend aufgeführten „7-Punkte-Plans“, wie die weiterlaufende Weltfinanzsystemkrise in Abstimmung unter den Staaten überwunden werden kann.

Wichtig ist dabei die folgende Beobachtung. Die Weltfinanzkrise ist eine vielleicht einmalige Chance, einen ersten signifikanten Schritt hin zu einer globalen Ökosozialen Marktwirtschaft voran zu kommen. Die Logik eines solchen

Schrittes wurde über Jahre durch das FAW/n, den Club of Rome, das Ökosoziale Forum Europa und seine nationalen Gliederungen, die Global Marshall Plan Initiative, den BWA, das Global Economic Network und andere erarbeitet. Die jüngsten Anregungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu diesem Modell auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2009 waren in dieser Hinsicht zielführend.

Dazu müssen über bessere Regulierung und angemessene Besteuerung die ökonomischen Anreize richtig gesetzt werden. Hier können und müssen durch bessere Regulierungen viele Mittel zur Finanzierung der Gemeinwesen erschlossen werden. Das betrifft die Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen, eine Begrenzung der Möglichkeiten grenzüberschreitender Steueroptimierung und die „Einhegung“ von Steuerparadiesen, die oft auch „schwarze Löcher“ bezüglich Bilanzierung, Compliance und Eigentümertransparenz sind. Die so erschließbaren Mittel sollte man weltpolitisch u. a. als finanzielle Basis für einen Weltvertrag (einen Global New Deal) einsetzen. Dieser muss Querfinanzierungsmöglichkeiten schwächerer Länder beinhalten als Anreiz dafür, dass die wichtigsten erforderlichen ökosozialen Regelungen in internationalen Verträgen akzeptiert und national implementiert werden. Nebeneffekt: So und wohl nur so können die Bedingungen erzeugt werden, unter denen die heute prinzipiell (noch) richtig funktionierenden nationalen sozialen Demokratien eine wirkliche Zukunftschance haben.

Ein „Global New Deal“, ein Weltvertrag, sollte folgende Prinzipien umsetzen.:

(1) Umweltstandards:

Das Fenster ist jetzt geöffnet, um zur Limitierung der CO₂-Emissionen im Rahmen der Folgeverhandlungen zum Kyoto Vertrag zu einem globalen „Cap and Trade“-Ansatz auf Basis der Klimagerechtigkeit zu

kommen. Dafür sind weltweite Obergrenzen für CO₂-Emissionen zu fixieren und es ist ein Transformationsprozess auszuhandeln, der mittelfristig zu gleichen Pro-Kopf-Emissionsrechten führt.

(2) Sozialstandards:

Fast alle Nationalstaaten haben die Kernstandards der ILO verabredet, die aber derzeit — genauso wie Umweltstandards — im Rahmen der WTO „unterwandert“ werden können. Deshalb ermöglichen Kinderarbeit und Umweltverschmutzung in manchen Segmenten der Weltökonomie immer noch Wettbewerbsvorteile.

(3) Veränderungen bei der WTO:

Das Verhindern einer weltweiten Rezession muss mehr als ein ökosoziales Konjunkturförderprogramm auf Pump sein! Öffentliche Investitionen z. B. in neue Energiesysteme und Umwelttechnologien, Bildung und Infrastruktur sollten Teil eines Implementationsprozesses weltweiter gemeinsamer Umwelt- und Sozialstandards sein, die als Verfahrensstandards in der WTO für verbindlich erklärt werden müssen. Erst dann wird es kein Öko- und Sozialdumping zur Profitmaximierung mehr geben. Erst dann ist der globale Markt ein Ökosozialer und damit zukunftsfähiger Markt, eine nachhaltige Entwicklung wird möglich.

(4) Co-Finanzierung:

Wie kann dieser „Deal“ zum Abschluss gebracht werden? Die Antwort ist: Erforderlich sind faire Verträge unter Einschluss von Co-Finanzierungsmaßnahmen. Modell hierfür ist die EU, in der über die so genannten Strukturfonds schon lange co-finanziert wird, damit schwächere und neue Mitglieder zur Implementierung des Gemeinschaftsrechts — dem *Acquis Communautaire* — in der Lage sind. Ein solches Vorgehen auch

auf globaler Ebene, also die Co-Finanzierung von Standards ist der Schlüssel für eine bessere Zukunft.

(5) Besteuerung in weltweiter Sicht:

Woher kommen die Mittel zur Co-Finanzierung? Die Antwort ist: Aus der Reform der Finanz- und Steuersysteme im Rahmen eines „Bretton Woods II-Abkommens“, das aber über den Status quo des Finanzsystems hinausgeht; die Steuersysteme müssen weltweit angeglichen und die Steueroasen „eingehegt“ werden: Nur auf diese Weise kann Steuerumgehung wirkungsvoll unterbunden werden. Wobei einige der unangenehmsten Steueroasen in der EU selber liegen.

(6) Neue Finanzierungsmechanismen:

Außerdem sind, von der Sache her und aus ordnungspolitischen Gründen, neue Finanzierungsmechanismen erforderlich. Die Besteuerung von Weltgemeingütern und globaler Transaktionen in den Bereichen Transport, Handel und Finanzströme ist anzugehen. Hierbei ist z. B. auch an eine Art Mehrwertsteuer auf alle Finanzprodukte zu denken — eine Mehrgeldsteuer, eine Leverage Money Tax —, um die spekulativen Hebelgeschäfte, gerade auch von Finanzinstitutionen, einzudämmen. Sie wäre so gestaltbar, dass gerade die größten „Gewinner“ wieder einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten müssen und nicht ausschließlich der Mittelstand und andere, die sowieso benachteiligt sind, weil sie z. B. für einen verbrieften Kredit (ein Finanzprodukt) ohnehin höhere Zinsen zahlen müssen als beispielsweise die spekulativ tätigen Finanzinstitutionen. Die „Gewinner“ sollten daher eine höhere Abgabe auf das von ihnen geschöpfte „Hebelgeld“, also auf ihre Kredite für gehebelte Investitionen und Spekulationen, leisten. Ökonomisch weniger begünstigte Akteure, auch aus dem Mittelstand, sollen nicht

zusätzlich belastet werden. Mit der Mehrgeldsteuer könnte so eine faire Abgabe gestaltet werden, die die „Super-Bubble“ — die Geldblase — beherrschbar macht.

(7) Geldsystem:

Kurzfristig muss der Liquiditätsengpass — als Treiber der Weltfinanzkrise mit ihren Auswirkungen auf die Realwirtschaft — behoben werden. Das Zentralbankgeld muss wieder „umlaufen“. Hierfür ist die Liquiditätsreservehaltung der Finanzinstitutionen — das „Horten“ von Zentralbankgeld“ — über die Vorgabe einer Maximalreserve zu begrenzen. „Überschüssiges“ Zentralbankgeld ist über einen „Liquiditätsfonds“ verfügbar zu machen.

Ein entschlossenes politisches Handeln, gemeinschaftlich abgestimmt auf globaler Ebene, ist erforderlich. Den Rahmen dafür bieten die aktuellen G20-Verhandlungen über eine Reform des Finanzmarktes. Jetzt besteht die „Chance für eine balancierte Welt“ über die Vereinbarung und verbindliche Fixierung ökosozialer Regeln für den globalisierten Markt. Dass die Thematik in Washington auf G20-Ebene und nicht auf G8-Ebene gestartet wurde, ist angemessen — und gibt zumindest Hoffnung. Das gilt auch für den Erfolg der USA in der Wechselwirkung mit Liechtenstein: Das Bankgeheimnis gilt in Zukunft für US-Bürger nur noch eingeschränkt. Hieran kann angeknüpft werden, also in Europa. Es kann ein Schritt gelingen, der mehr ist als das kurzfristige „Löschen von Feuer“. Das Ziel muss lauten: „Ökosozial statt marktradikal“.

Ulm, Februar 2009